



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Oberverwaltungsgericht
Az.: 082-5/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

21. März 2018

Rundschreiben Nr. 138/2018

Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2017

Kurzfassung:

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2017 veröffentlicht. Der Bericht enthält einen Überblick über die aktuelle Geschäftslage der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt, eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen des Jahres 2017 und eine Vorschau auf Verfahren, die im Jahr 2018 entschieden werden sollen.

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes des Landes Sachsen-Anhalt hat den Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 (**Anlage**) veröffentlicht.

Im ersten Teil des Berichtes wird die Entwicklung der Geschäftszahlen dargestellt. Besonders in den Vordergrund gestellt werden die Herausforderungen, die mit der steigenden Anzahl an Asylklageverfahren und Asyl-Eilverfahren zu bewältigen waren. Im Einzelnen haben sich die Geschäftszahlen wie folgt entwickelt:

Bei den Verwaltungsgerichten Halle und Magdeburg sind im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 10.161 Verfahren neu eingegangen. Zu beobachten ist, dass die Eingänge der allgemeinen Verfahren leicht abgenommen haben, sich allerdings noch im langjährigen Mittel befinden. Demgegenüber hat sich die Zahl der Asylverfahren von 4.839 Eingängen im Jahr 2016 auf 5.924 Eingänge im Jahr 2017 erhöht. Die hohe Zahl offener Asylhauptsacheverfahren (3.977) wirkt sich außerdem wesentlich auf die Entwicklung der Bestände aus.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Verfahren in Asylangelegenheiten bildeten mit 60 % (Vorjahr 52 %) der Eingänge gefolgt vom Abgabenrecht (9 %) und vom Recht des öffentlichen Dienstes (6 %) den inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit der Verwaltungsgerichte.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Verwaltungsgerichten hat sich im Bereich der Asylverfahren verringert, aber bei den allgemeinen Verfahren verlängert. Konkret dauerten im Jahr 2017

- allgemeine Klageverfahren 12,9 Monate,
- allgemeine Eilverfahren 2,9 Monate,
- Asylklageverfahren 8,9 Monate sowie
- Asyl-Eilverfahren 0,7 Monate.

Für das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt (OVG) sind die Eingangszahlen bei den allgemeinen Verfahren rückläufig (2016: 759 Eingänge, 2017: 661 Eingänge). Im Bereich der Asylverfahren ist hingegen ein deutlicher Anstieg von 110 Verfahren im Jahr 2016 auf 254 Verfahren im Jahr 2017 zu verzeichnen.

Die Asylverfahren (28 %) bilden auch beim Oberverwaltungsgericht den Schwerpunkt der Entscheidungen, gefolgt von Beschwerdeverfahren (20 %) sowie Verfahren aus den Bereichen Abgabenrecht (11 %) und öffentliches Dienstrecht (10 %).

In einem weiteren Teil enthält der Bericht eine Zusammenstellung wichtiger Entscheidungen der Verwaltungsgerichte im Jahr 2017. Aus kreislicher Sicht sind dabei insbesondere folgende Entscheidungen hervorzuheben:

- naturschutzrechtliche Ausnahme zur Umsiedlung von Feldhamstern (Seite 17),
- Kormoran-Verordnung des Landes Sachsen-Anhalt (Seite 19),
- Ausschluss der Abwasserbeseitigungspflicht (Seite 19 f.),
- Asylrecht - Syrien (Seite 20 f.),
- Vergabe von Rettungsdienstleistungen durch ein unzuständiges Kommunalorgan (Seite 21 f.),
- Verwaltungskosten im Zusammenhang mit einer „Facebook-Party“ (Seite 29),
- öffentliche Ausschreibung bei der Vergabe von freiberuflichen Tätigkeiten unterhalb des Schwellenwertes (Seite 33),
- Mittelzuweisungen an Träger von Kindertageseinrichtungen (Seite 36 f.),
- Kosten für den Abbruch eines Wohngebäudes (Seite 38),
- Rederecht eines Gemeinderates in der Ratssitzung (Seite 40) sowie
- Verlust der Wählbarkeit und des Stadtratsmandats wegen Wegzugs (Seite 41).

Für das Jahr 2018 werden Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten angekündigt:

- Krankenhausfinanzierung (Seite 26),
- Feststellung der Einwohnerzahl nach dem Zensusgesetz 2011 (Seite 27),
- Normenkontrollverfahren gegen die Anordnung des Anschluss- und Benutzungszwangs zur Fernwärmeversorgung (Seite 27),
- die Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes (Seite 28) sowie
- Normenkontrollverfahren gegen Satzungen zur Erhebung von Abwasserbeiträgen (Seite 28).

In dem Bericht wird erneut darauf aufmerksam gemacht, dass Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes sowie der Verwaltungsgerichte Halle und Magdeburg im Internet unter **www.landesrecht.sachsen-anhalt.de** anonymisiert und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.



Theel

Anlage